

ANFRAGE Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 26. Februar 2008	Gremium:	49. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin: Vorlage Nr.: TOP:	08.04.2008 1358 31
1-Euro-Jobs in Karlsruhe		

1. Wie haben sich die Zahlen der 1-EURO-Jobs seit 2004 in Karlsruhe pro Jahrentwickelt?
 - a) Insgesamt
 - b) Bei Privatunternehmen
 - c) Bei den Trägern der öffentlichen Wohlfahrtspflege
 - d) Bei der Stadt Karlsruhe

2. Wie hat sich die Zahl der Arbeitsplätze bei (oben) b), c), und d) erhöht?
3. Wer prüft bei der Förderungsbewilligung, ob es sich im beantragten Fall um Arbeiten handelt, die im öffentlichen Interesse, zusätzlich oder wettbewerbsneutral sind?
4. Auf welche Weise wird geprüft?
5. Wie oft muss ein Unternehmen bzw. eine Behörde oder Einrichtung damit rechnen, in Bezug auf die Voraussetzungen der von ihr beschäftigten 1-EURO-Jobber/-innen geprüft zu werden?
6. Welche Behörde übt die amtliche Aufsicht über die Rechtmäßigkeit der Vergabe von 1-EURO-Jobs aus?
7. Wie viele Fälle von Verstößen gegen die gesetzlichen Fördervoraussetzungen (s. o. öffentliches Interesse, zusätzlich etc.) sind in Karlsruhe pro Jahr festgestellt worden?
8. Welche Möglichkeiten hat die Stadt Karlsruhe (auch innerhalb der Arbeitsgemeinschaft mit der Agentur für Arbeit) dem Missbrauch des Instruments der Beschäftigung in Form von 1- bis 2-€ Jobs entgegenzutreten?

Sachverhalt/Begründung:

943 Bezieher/-innen von ergänzenden Leistungen zu ihrem Erwerbseinkommen nehmen derzeit an Arbeitsgelegenheiten (1- bis 2-€-Jobs) teil, laut Stellungnahme der Stadtverwaltung vom 19.02.2008 (47. Pl., Vorlage 1284).

Laut Prüfbericht des Bundesrechnungshofs (s. u.) ist die Anzahl der Verstöße im Bereich der 1-EURO-Jobs sehr hoch. In der Öffentlichkeit werden immer wieder Fälle bekannt, in denen reguläre Arbeitsverhältnisse durch Beschäftigung von Arbeitslosen, die dafür eine Mehraufwandsentschädigung erhalten (1-EURO Jobs), ersetzt werden.

Die Anfrage soll erhellen, wie die entsprechende Sachlage im Bereich der Arbeitsagentur Karlsruhe ist und ob zusätzliche Maßnahmen erforderlich sind.

Einem Prüfbericht des Bundesrechnungshofes zufolge wurde im Jahr 2005 rund 604 000 Alg-II-Empfängern eine Arbeitsgelegenheit in der Mehraufwandsentschädigungsvariante (1-Euro-Job) zugewiesen.

Bei fast einem Viertel der geprüften Maßnahmen lagen die Förderungsvoraussetzungen nicht vor, weil die zu erledigenden Tätigkeiten nicht im öffentlichen Interesse, nicht zusätzlich oder nicht wettbewerbsneutral waren. Bei weiteren knapp 50 % der geprüften Fälle hatten die Grundsicherungsstellen keine verlässlichen Kenntnisse über die Maßnahmeninhalte, so dass auch hier Zweifel an der Förderungsfähigkeit bestanden.^[32]

Im Mai 2006 waren 290.000 (Vorjahr 179.000) Hilfsbedürftige in Arbeitsgelegenheiten beschäftigt. Fast die Hälfte dieser Jobs wird in den neuen Bundesländern angeboten; dort ist die Langzeitarbeitslosigkeit besonders hoch. Von den Optionskommunen werden die 1-€-Jobs im unterschiedlich starken Umfang genutzt, z. T. auch wesentlich weniger als von Arbeitsgemeinschaften.^[33]

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/1-Euro-Job#Anzahl_und_Struktur_der_geschaffenen_Jobs

unterzeichnet von:

Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Sitzungsdienste -

28. März 2008